

**Rede
von
Dr. h.c. Edelgard Bulmahn**

**anlässlich der
Verleihung der Harnack-Medaille**

am 24. Juni 2025 in Magdeburg

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Professor Cramer,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete Esdar,
sehr geehrter Mitglieder des Senats der Max-Planck-Gesellschaft,
sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter, lieber Herr Cramer, haben Sie herzlichen Dank für Ihre wunderbare Laudatio, die mich sehr berührt hat. Die Auszeichnung mit der Harnack-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft erfüllt mich mit großer Dankbarkeit und Demut.

Schließlich ist die MPG eine der wichtigsten Säulen unseres Wissenschaftssystems. Sie steht für wissenschaftliche Exzellenz, erkenntnisgetriebene Forschung und Freiheit der Wissenschaft. Ihre herausragenden wissenschaftlichen Leistungen sind von größter Bedeutung und weltweit anerkannt.

Als erste Forschungsministerin der Bundesrepublik Deutschland die Harnack-Medaille entgegennehmen zu dürfen, empfinde ich als außerordentliche Würdigung meiner Arbeit. Sie bedeutet mir sehr viel und ist die schönste Anerkennung , die ich mir vorstellen konnte.

Dafür danke ich ihnen von ganzem Herzen.

Danken möchte ich auch meinen ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, stellvertretend Uwe Thomas, im damaligen BMBF, ohne deren Fachkunde, Engagement und Leidenschaft meine Arbeit nicht erfolgreich gewesen wäre. Ich freue mich sehr, dass einige auch am heutigen Tag anwesend sind, denn diese Auszeichnung ist auch ihre Auszeichnung.

Mein Dank gilt auch meiner Alma Mater, der Leibniz Universität, die das Interesse und die Begeisterung für Wissenschaft und Forschung in mir geweckt hat, und der Humboldt Universität, die dafür sorgt, dass diese nicht erlischt.

Politik lebt von Austausch, vom Dialog, von der Debatte, von Zustimmung und Widerspruch, vom Zweifel und von guter wissenschaftlicher Beratung. Mein Dank gilt deshalb ebenso den vielen Menschen in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die mich mit ihren Beiträgen, ihren Ideen und ja, auch mit ihrer Kritik, immer wieder inspiriert, unterstützt und motiviert haben.

Die mit der Auszeichnung verbundene Anerkennung freut mich umso mehr, als ich mit den von mir um die Jahrtausendwende auf den Weg gebrachten Reformen viele herausgefordert habe. Weder die Dienstrechtsreform, noch die Juniorprofessur, das Emmy Noether Programm, die Einführung der Programmsteuerung bei der Helmholtz-Gemeinschaft, die Gründung der Max Weber-Stiftung, die Exzellenzinitiative oder der Pakt für Forschung und Innovation waren unumstritten. Sie waren von heftigen Auseinandersetzungen begleitet. Die klare Unterstützung aus den Forschungsorganisationen und Hochschulen habe ich sehr zu schätzen gewusst. Deshalb gilt mein besonderer Dank auch den hier Anwesenden wie Peter Gruß und denen, die heute nicht dabei sein können.

Meine Damen und Herren, es spricht für die politische Kultur in unserem Land, dass alle Beteiligten, Wissenschaft und Politik, Bund und Länder sich trotz aller Differenzen im einzelnen, auf eine gemeinsame Agenda verständigt haben, eine Agenda die bis heute gehalten hat. Auch dafür bin ich dankbar, denn bei den genannten Reformprojekten

ging es mir immer darum, für Wissenschaft und Forschung wissenschaftsadäquate, verlässliche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese sollten die Eigenverantwortung stärken, Exzellenz fördern, Deutschland für herausragende Wissenschaftler/innen aus der ganzen Welt attraktiv machen und die Freiheit von Wissenschaft und Forschung insgesamt stärken.

Die Wissenschaftsfreiheit ist kein Privileg, sie ist einer der Grundpfeiler einer freien demokratischen Gesellschaft. Sie ist das Fundament für kritische Reflexion, für die Generierung neuen Wissens, für medizinischen Fortschritt, für Nachhaltigkeit, für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit. Die Garantie der Wissenschaftsfreiheit gehört zur DNA demokratischer Staaten!

Die Unterdrückung der Freiheit der Wissenschaft kennen wir von Diktatoren. Aber wer von uns hätte sich vorstellen können, dass ausgerechnet in einer altehrwürdigen Demokratie wie den Vereinigten Staaten die Freiheit von Wissenschaft und Forschung in Frage gestellt werden könnten.

Was in der ersten Amtszeit des amerikanischen Präsidenten vor allem in markigen Sprüchen daherkam, hat inzwischen System. Wenig beachtet, aber an Klarheit kaum zu überbieten, hatte der jetzige Vizepräsident Vance bereits in einer Rede am 2. November 2021 den Universitäten pauschal den Krieg erklärt: „If any of us wants to do the things that we want to do for our country [...] we have to honestly and aggressively attack the universities in this country. [...] The universities in our country are fundamentally corrupt and dedicated to deceit and lies, not to the truth.“

Und niemand sollte sich der Illusion hingeben, es beträfe nur Gender-, Rassismus- oder Klimaforschung. Nichts zeigt dies deutlicher als der Budgetvorschlag für die National Science Foundation. Er sieht eine Reduzierung des Mittelansatzes um über 50% vor. Zugleich wird das Land mit gezielten wissenschaftsfeindlichen Aktionen, die Wissenschaftsfreiheit bedrohenden Maßnahmen überschwemmt, die einem geradezu den Atem verschlagen.

Dieser beispiellose Kriegszug gegen die Wissenschaften wird sich auf die Forschung in der ganzen Welt auswirken, auch in Europa. Es war deshalb richtig und wichtig, dass sich die deutschen Wissenschaftsorganisationen und ihre führenden Repräsentanten klar und eindeutig positioniert haben. Es ist ermutigend, wie viele sich auf beiden Seiten des Atlantiks bemühen, Forschungsdaten zu sichern und Kooperationen nötigenfalls auch auf privater Ebene fortzusetzen. Und es ist richtig, US-Wissenschaftler/innen Perspektiven in Deutschland oder in der EU zu eröffnen.

Zu glauben, Wissenschaftsfeindlichkeit und die Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit seien nur Probleme der USA ist zu einfach. Wenn Alice Weidel auf dem AFD-Bundesparteitag in Riesa am 11. Januar diesen Jahres unter dem Jubel der Delegierten ausruft: „Wir schließen alle Gender Studies und schmeißen die Professoren raus,“ dann sollten wir dies ernst nehmen.

Sollte die AFD jemals in Regierungsverantwortung kommen, dann wird sie diese wahrscheinlich zunächst in den Ländern übernehmen. Eine Landtagsmehrheit kann Hochschulgesetze ändern, ihr nicht genehme Wissenschaftsgebiete finanziell und personell zurückfahren, ausbluten lassen. Sind wir wirklich darauf vorbereitet. Wie werden die Hochschu-

len reagieren? Werden sie gemeinsam handeln, oder werden sie sich auseinanderdividieren lassen?

Noch, meine Damen und Herren, sind es nicht Bund- oder Landesregierungen, die die Freiheit von Wissenschaft und Forschung in unserem Land gefährden, es ist der um sich greifende wissenschaftsfeindliche Populismus. Es werden Desinformationen gestreut, um die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft zu zerstören. Der Klimaschutz wird als wirtschaftlich schädlich gebrandmarkt, die Corona-Politik als politische Unterdrückungsmaßnahme verleumdet und Impfungen erscheinen gefährlicher als der Virus selbst. Solche Aussagen zielen darauf ab, Ängste zu schüren, Ängste vor Arbeitsplatzverlusten, Ängste um das eigene Leben.

Ziel der wissenschaftsfeindlichen Attacken sind inzwischen nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Laut einer Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung aus dem vergangenen Jahr haben inzwischen 45% der befragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Anfeindungen erlebt wie die Anzweiflung der wissenschaftlichen Kompetenz, persönliche Diskriminierung und Beschimpfungen, Gewalt- und Mordandrohungen und bisweilen sogar physische Angriffe.

Aber Wissenschaftsfeindlichkeit, Angriffe auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bedrohen uns alle, unsere Demokratie, unsere freiheitliche Lebensordnung. Dem müssen wir uns gemeinsam mit aller Entschlossenheit und Macht entgegenstellen, Politik, Wissenschaft, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Wir sollten deshalb unsere Anstrengungen zur Wissenschaftskommunikation weiter ausbauen, vor allem sollten wir sie wieder stärker auf wissenschaftsferne Schichten mit geeigneten Formaten ausrichten. Es gilt wissenschaftliche Prozesse verständlich zu machen, aber auch aufzuzeigen, wo Unsicherheiten bestehen.

Es gilt zu verdeutlichen, dass Wissenschaft keine Meinung ist, sondern ein Prozess, der auf Erkenntnissen, Fakten, Belegen und kritischer Prüfung beruht.

Die Politik, meine Damen und Herren, darf sich, auch aus gutgemeinten Gründen - wie in der sogenannten Fördergeldaffäre des vergangenen Jahres - nicht dazu verleiten lassen, in die Wissenschaftsfreiheit einzugreifen. Sie muss diese vielmehr stärken, bedrängte und angegriffene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen schützen, konsequent Hassrede und Bedrohungen ahnden und die Beratungsangebote für Betroffene ausbauen. Und warum sollten wir nicht eine regelmäßige Berichterstattung über Gefährdungen der Wissenschaftsfreiheit im Rahmen des Jahresgutachten zu Forschung und Innovation sowie im Bundesbericht Forschung und Innovation verankern um Transparenz zu schaffen, achtsamer zu werden.

Ich bin ernsthaft besorgt um die Demokratie in diesem Land, besorgt um die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Mutlos zu werden wäre aber falsch. Wenn wir nicht wegschauen, Position beziehen, Haltung, ja Courage zeigen und entsprechend handeln, dann werden wir die Demokratie und auch die Freiheit von Wissenschaft und Forschung erfolgreich verteidigen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und der MPG danke ich für die besondere Ehre, die Sie mir mit der Verleihung der Harnack-Medaille erwiesen hat. Der Max-Planck-Gesellschaft wünsche ich, dass sie weiterhin ein Leuchtturm für wissenschaftliche Exzellenz bleibt, dass es ihr weiterhin überzeugend gelingt, strategisch neue Forschungsfelder zu erschließen und attraktiv zu bleiben für herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt. Herzlichen Dank!